

Parlament beschließt Todesstrafe

Beide Kammern des Kongresses haben im Februar mit großer Mehrheit die Wiedereinführung der Todesstrafe beschlossen, die erst 1987 abgeschafft worden war. Unter dem Eindruck des Kriminalitätsanstiegs – besonders von Entführungen zur Erpressung von Lösegeld – hatte das Justizministerium 13 Straftatbestände ausgewählt, für die künftig die Todesstrafe gelten solle. Dazu gehören Hochverrat, Mord, Raubmord, See- und Luftpiraterie, Vergewaltigung, Autodiebstahl mit Todesfolge, Brandstiftung, Lösegelderpressung und Drogenhandel. Während das Repräsentantenhaus den vorgesehenen Straftatbeständen zustimmte, möchte der Senat diese stärker begrenzen. Ein Vermittlungsausschuß bemüht sich jetzt um einen Kompromiß. Unklar ist auch noch, wie die Todesstrafe vollstreckt werden soll. Vor 1987 erfolgten Hinrichtungen auf dem

elektrischen Stuhl.

Präsident Ramos hatte zuvor die Einführung der Todesstrafe als drängend bezeichnet. Alle Kirchen des Landes, mit Ausnahme der Evangelikalen, haben sich gegen Hinrichtungen ausgesprochen. Der Kongreßabgeordnete Joker Arroyo begründete seine Ablehnung mit den Worten: "Das Problem sind nicht unzureichende Strafen, sondern inkompetente Sicherheitskräfte und eine korrupte Justiz."

Menschenrechtsorganisationen, die sich in einer "Koalition gegen die Todesstrafe" zusammengeschlossen haben, bezeichnen die Todesstrafe als unmenschlich. Sie sei gegen die Armen gerichtet, die sich keine teuren Anwälte leisten und Justizbeamte nicht bestechen könnten. Die Strafe verhindere keine Verbrechen, eröffne aber die Gefahr politischen Mißbrauchs.

MC 12.2.93, PDI 14.2.93, DPA 16.2.93,
Coalition against death penalty

Kirchen: Ohne und mit Kondom

Die katholische Amtskirche und konservative christliche Gruppen liegen im heftigen Streit mit der Regierung um den Gebrauch von Kondomen zur AIDS-Prävention und Schwangerschaftsverhütung. Die Regierung von Präsident Ramos, dem ersten protestantischen Präsidenten des Landes, hatte im September eine Anti-Aids-Kampagne unter Federführung des Gesundheitsministers Juan Flavio gestartet. Die Zahl der mit dem HIV-Virus infizierten Personen betrug auf den Philippinen im Oktober 1992 offiziell 356. Die Dunkelziffer wird auf 35.000 geschätzt. 84 Personen sind bisher an AIDS erkrankt.

Als Ende Januar Präsident Ramos öffentlich für den Gebrauch von Kondomen warb, gaben die katholischen Bischöfe gleichzeitig einen Hirtenbrief heraus. Darin wird der Gebrauch von Kondomen als "vereinfachend und ausweichend" bezeichnet, da Safer-Sex Promiskuität und sexuelle Freizügigkeit fördere. Die Kirchenoberhäupter riefen zu einer moralischen Erneuerung auf und forderten Solidarität

mit den AIDS-Kranken.

Im Gesundheitssektor tätige Gruppen haben das Bewußtsein in der Öffentlichkeit über AIDS und Kondome als "gefährlich gering" bezeichnet. Nach Angaben der staatlichen Bevölkerungskommission benutzen nur 15 Prozent der Paare, die Verhütungsmittel anwenden, Kondome. Der Anteil der Paare, die zu Verhütungsmitteln greifen, sei in der zweiten Hälfte der 80er Jahre von 45 auf 36 Prozent zurückgegangen.

Im Unterschied zum katholischen Klerus hat die Philippine Independent Church (PIC) keine Einwände gegen den Gebrauch von Kondomen und anderen Verhütungsmitteln. Empfängnisverhütung sei allerdings nicht die Lösung für die Armut des Landes, heißt es in einer Erklärung ihres Obersten Kirchenrates. Nur die Lösung der fundamentalen Probleme der Gesellschaft könne Frieden und Wohlstand bringen.

UCAN 28.1.93; IPS 28.1., 12.2.93;
CONTACT Monthly Highlights, January 1993

Hungerstreik politischer Gefangener

Nach Angaben der philippinischen Menschenrechtsorganisation Task Force Detainees traten in der ersten Dezemberhälfte 340 politische Gefangene in einen begrenzten Hungerstreik. Die Inhaftierten haben ihre sofortige Freilassung gefordert. Die Regierung hatte im Sommer eine Amnestie und die Freilassung politischer Gefangener angekündigt. Der Vorsitzende der staatlichen Menschenrechtskommission, Sedfrey Ordoñez, erklärte Mitte Januar, bisher seien unter Ramos 349 Gefangene freigelassen worden. Die verbleibenden 512 seien aufgrund krimineller Delikte verurteilt. Ihre Fälle müßten überprüft werden. Diesen Angaben wi-

derspricht Task Force Detainees: Bis zum Jahresende seien lediglich 229 Gefangene auf freien Fuß gesetzt worden; 80 Prozent von ihnen hätten nicht von der Amnestie profitiert. Sie seien vielmehr freigelassen worden, weil gegen sie keine Anklage erhoben wurde, sie ihre Strafe schon abgesessen hatten oder sie Kautions gezahlt hätten. Ein Drittel der Freigelassenen sei erst unter Ramos inhaftiert worden. Ende Januar gab es nach Angaben der Menschenrechtsorganisation 446 politische Gefangene, unter ihnen der Vorsitzende der philippinischen Bauerngewerkschaft KMP, Jaime Tadeo.

PDI 19.1.93, TFPD 19.1.1993, PNF 1.2.93

- Anzeige -

philippinen FORUM

Heft März 1993

Tourismus auf den Philippinen

aus dem Inhalt:

- * Geschichte und Entwicklung des Tourismus
- * Ende des Sextourismus?
- * Alternativtourismus: 15 Jahre Peters' Reisefibel
- * Politourismus: Exposure-Programme
- * Wohin reisen Filipinos/as?
- * NGOs und Tourismus

außerdem:

- * UN Jahr der Indigenen Völker
- * Konferenz indigener Frauen Asiens
- * Neues vom Bondoc-Projekt
- * Alex Magno zu gesellschaftlichem Wandel

Schwerpunkte vergangener Hefte:

- Oktober 92: 100 Tage Ramos-Regierung
- Dezember 92: Energie und Umwelt

erscheint vierteljährlich

Umfang ca. 50 Seiten

Einzelpreis DM 6,-

Jahresabo DM 24,-

Jahresabo für Mitglieder DM 15,-

Förderabonnomment DM 50,-

erhältlich bei:

Philippinenbüro

Sachserring 2-4

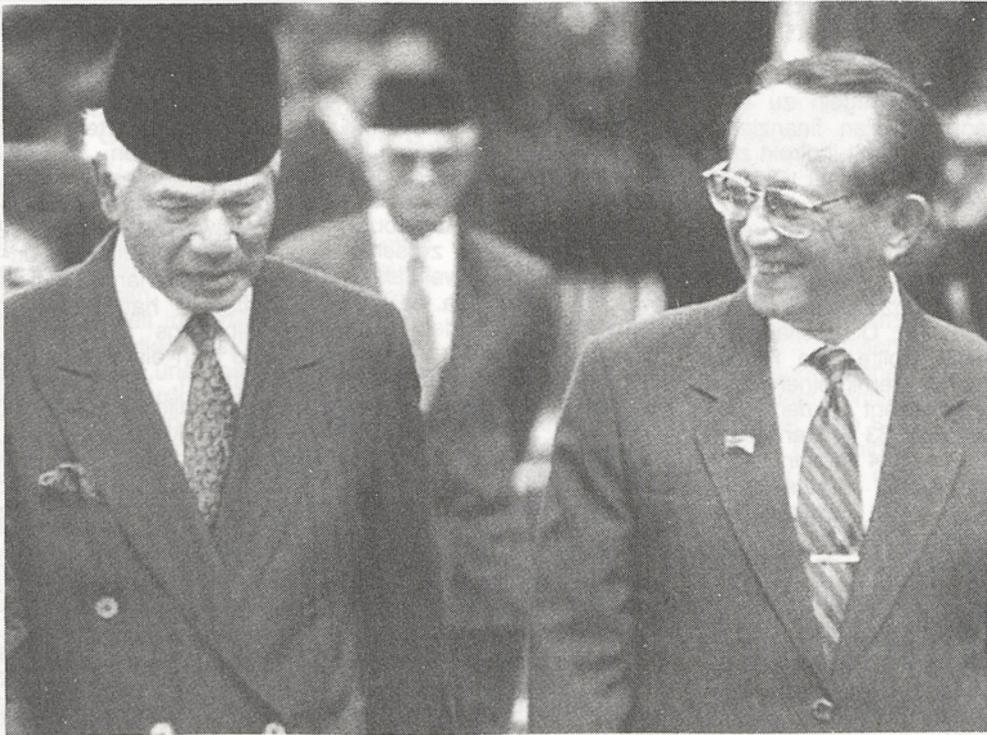
Postfach 250 408

D-5000 Köln 1

Tel.: 0221-324506

philippinenbüro e.V.

Bankverbindung Postgirokonto Köln 98304-507 (BLZ 370 100 50)



"Asia First": Die neue philippinische Politik?

aus: FEER v. 11.2.1993, S. 13

Ramos auf Staatsbesuch in Malaysia

Als erster philippinischer Staatschef seit 16 Jahren hat Präsident Fidel Ramos vom 27.-30. Januar das Nachbarland Malaysia besucht. Die Beziehungen beider Länder sind durch den philippinischen Anspruch auf Sabah belastet. In dieser Frage wurde bei dem Staatsbesuch kein Durchbruch

erzielt. Beide Seiten kamen jedoch überein, Kontaktbüros in den angrenzenden Regionen des Nachbarstaates einzurichten. Dies sind keine offiziellen Konsulate, da damit eine philippinische Verzichtserklärung auf Sabah verbunden wäre, wo um die 300.000 vor allem moslemische Filipin-

nos leben. Ramos und Malaysias Staatspräsident Mahathir Mohamad setzen auf stärkere regionale Kooperation und einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Während des Staatsbesuches wurden sieben Joint Venture-Verträge abgeschlossen.

MC 26.1.93, AW 10.2.93, FEER 11.2.93

Abkommen am Mt. Apo

Die philippinischen Behörden und Vertreter indigener Völker haben Ende Januar ein Abkommen geschlossen, das die Fertigstellung des umstrittenen geothermischen Kraftwerkes am Mount Apo vorsieht. Das Abkommen, so heißt es, garantiere den Schutz des Waldes, der Wassereinzugsgebiete und der Umwelt am Mt. Apo. Vorgesehen ist die Gründung eines 'Umwelt- und Wohlfahrtsfonds für Indigene', der hauptsächlich aus Erträgen des Kraftwerkes finanziert werden soll. Die Regierung will ebenfalls 4 Millionen Peso in den Fonds einzahlen.

Die Unterzeichnung des Abkommens in Anwesenheit von Präsident Ramos wurde von zahlreichen Gruppen aus dem Bereich indigener Völker, des Umweltschutzes und der Kirchen boykottiert. Die GegnerInnen des Projektes erklärten, sie wollten ihren Kampf gegen das von der Philippine National Oil Company durchgeführte Projekt fortsetzen.

IPS 28.1.93, CONTAK Monthly Highlights, January 1993

Schwere Kämpfe mit der MNLF in Basilan

Zwischen der Moro National Liberation Front (MNLF) und Regierungstruppen ist es im Februar zu den schwersten

Kämpfen seit Jahren gekommen. Am 9. Februar sind nach Militärangaben auf der südlich von Mindanao gelegenen Insel Basilan 25 Regierungssoldaten in einem Hinterhalt von MNLF-Guerilleros getötet worden. Daraufhin seien 1.500 Mann der Armee und Marine in das Gebiet entsandt worden. In zweiwöchigen Operationen sind dem Militär zufolge 52 MNLF-Kämpfer getötet worden. Die Auseinandersetzungen sind noch nicht beendet. Nach Ansicht von Beobachtern können die gegenwärtigen Kämpfe die zwischen Regierung und MNLF eingeleiteten Friedensverhandlungen zum Scheitern bringen.

UPI 24.2., 25.2.93

Kurzmeldungen

Der Vorsitzende des Umweltausschusses des Senates, Francisco Tatad, hat die Regierung aufgefordert, in Manila den **Umweltnotstand** zu erklären. Durch den Notstand sollen Regierung und Wirtschaft unter Druck gesetzt werden, endlich wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Luft-, Wasser- und Bodenqualität einzuleiten. (PDI 1.2.93)

Die Regierung in Tokio hat es abgelehnt, Filipinas zu entschädigen, die während der japanischen Besatzungszeit im zweiten Weltkrieg systematisch von japanischen Soldaten vergewaltigt worden waren. Japan hat sich bereit erklärt, eine Stiftung zu finanzieren, die philippinischen Frauen zugute kommen solle und nicht speziell den während des Krieges vergewaltigten Frauen. (CONTAK Monthly Highlights January 93)

Auslandsinvestitionen auf den Philippinen sind 1992 um 21% zurückgegangen, teilte die philippinische Zentralbank mit. Es seien nur US\$ 327 Mio. investiert worden, gegenüber 415 Mio. 1991. Japan als größter ausländischer Investor drosselte seine Investitionen 1992 um 18,2 Prozent auf 154 Mio.. Die Zentralbank machte für diese Abnahme die ungelöste Energiekrise verantwortlich. Andere Faktoren sind nach Auffassung ausländischer Firmenvertreter die unterentwickelte Infrastruktur und wachsende Kriminalität. (dpa 26.2.93)

Ein **taiwanesisches Firmenkonsortium will auf dem Gelände des ehemaligen US-amerikanischen Marinestützpunktes Subic Bay einen Industriepark errichten.** Auf 300 Hektar Fläche sollen vor allem taiwanesischen Firmen angesiedelt werden, die primär für den Export produzieren. Das Investitionsvolumen wird auf 41 bis 60 Millionen US-Dollar geschätzt. (UPI 25.1.93, FEER 26.1.93, Blick durch die Wirtschaft 18.2.93)

Tan gewinnt Kontrolle über Philippine Airlines

Der Tabak- und Biermagnat Lucio Tan hat nach monatelangem Tauziehen die Kontrolle über die Fluggesellschaft Philippine Airlines (PAL) gewonnen. Tan, ein Günstling des verstorbenen Diktators Ferdinand Marcos, kann jetzt über den Vorsitz im PAL-Vorstand und damit über die Politik der Fluggesellschaft entscheiden. Der bisherige Vorsitzende Antonio Cojuangco trat am 1. März zurück. Zuvor hatte Tan die Mehrheit in der PR-Holdinggesellschaft gewonnen. Diese hatte im Januar 1992 im Rahmen der Privatisierung 67 Prozent der Aktien der bis dahin staatlichen Fluggesellschaft PAL gekauft. Die Holding, an der auch die Ayala- und Soriano-Clans beteiligt sind, wurde von Cojuangco dominiert. Der 40-jährige Cojuangco, ein Neffe der ehemaligen Staatspräsidentin Corazon Aquino, hatte seinen Anteil an PR-Holding ohne Wissen der Öffentlichkeit und im Verstoß gegen die

Privatisierungsregeln zu 40,5 Prozent von Tan finanzieren lassen, der damit indirekt zum größten Anteilseigner von PAL wurde.

Tan und Cojuangco entscheiden sich jedoch, als Tan ehrgeizige Beschaffungspläne für neue Flugzeuge im Umfang von 1,2 Mrd. US-Dollar nicht mittragen wollte. Die Regierung hält weiterhin einen Anteil von 47 Prozent an der Fluggesellschaft: 33 Prozent direkt an PAL und 14 Prozent durch einen Anteil staatseigener Banken an PR. Präsident Ramos hält an den Plänen der Regierung fest, den 14prozentigen Anteil der Staatsbanken an PR zu verkaufen. Ein Zeitpunkt stehe allerdings noch nicht fest. Durch Tans Coup ist das Privatisierungsprogramm der Regierung in Zweifel geraten, da Staatsbetriebe nicht an ehemalige Günstlinge verkauft werden dürfen.

AW 3.2.93, FEER 28.1., 4.2., 18.2.93, UPI 1.3.93

Härtere Strafen für Abtreibungen gefordert

Gesundheitsminister Flavio hat sich für härtere Strafen für Abtreibungen ausgesprochen. Zur Zeit werden auf den Philippinen verbotene Abtreibungen mit Gefängnis zwischen einem halben und zwei Jahren sowie 1000 Peso (ca. 65 DM) Geldstrafe geahndet. Die Philippinen haben als einziges Land neben Malta und Irland den Schutz des ungeborenen Lebens in der Verfassung festgeschrieben. Nach Angaben von Dr. Primitivo Chua, dem Vorsitzenden des Ärztebundes, werden pro Jahr auf den Philippinen 750.000 Abtreibungen durchgeführt. Flavio schätzt dies als zu niedrig ein. Nach seiner eigenen Erfahrung als Landarzt hätten 14 Prozent der Frauen mindestens einmal abgetrieben. In den Städten seien die Zahlen noch höher.

UCAN 26.1.93

Kurzmeldungen

Der Oberste Gerichtshof hat eine **Neuauszählung von Stimmzetteln** der letzten Wahlen in drei Wahlbezirken angeordnet. Die bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1992 um 800.000 Stimmen unterlegene Miriam Defensor Santiago hatte wegen Wahlbetrugs geklagt. Sollte sich ein Wahlbetrug bestätigen, wird auch in den restlichen 170.000 Wahlbezirken nachgezählt. Santiago muß für das Nachzählen 2,4 Millionen US-Dollar zahlen. (UPI 9.2.93)

Die 'Philippine Long Distance Telephone Company' (PLDT) soll nach dem Willen der Regierung ihr **Monopol verlieren**. 90 Prozent der nur 600.000 Telefonanschlüsse des Landes gehören PLDT. Im Oktober hatte die Weltbank die Telekommunikation als die auf den Philippinen unterentwickelteste Infrastruktur bezeichnet. Lee Kuan Yew, Singapurs Ex-Premier, bezeichnete PLDT einen Monat später als Beispiel für Fehlentwicklungen auf den Philippinen. Im Februar hat die Regierung gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen, damit zwei kleinere Telefongesellschaften PLDT stärker herausfordern können. (FEER 11.2.25.2.93)

Mitarbeiter der Task Force Detainees ermordet

Am 23. Februar haben Paramilitärs den 26jährigen Chris Batan in Sadanga (Mountain Province) erschossen. Batan war als Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Task Force Detainees dabei, unter dem Regime des früheren Präsidenten Marcos begangene Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Zwei Kollegen von Batan identifizierten die Täter als Angehörige der CAFGU (Civilian Armed Forces Geographical Units). Batan, der zum Volk der Igorot gehörte, hatte in den Wochen vor seiner Ermordung versucht, mit den Militärbehörden ins Gespräch zu kommen, um ein Ende der Schikanen und der Bedrohungen durch das Militär zu erreichen.

amnesty international 26.2.93

Effektivere Verbrechensbekämpfung gefordert

5.000 Filipinos und Filipinas meist chinesischer Abstammung haben Mitte Februar mit einer Demonstration die Regierung aufgefordert, effektiver gegen Verbrecher vorzugehen. "Wir fürchten um unser Leben", hieß es in einem Brief an Präsident Ramos. Vor allem wohlhabende Familien chinesischer Abstammung sind in den letzten zwei Jahren Opfer von Entführungen und Lösegelderpressungen geworden. Nach Angaben der Universitätsprofessorin Teresita Ang See wurden in diesem Zeitraum 250 Personen entführt. 13 von ihnen wurden umgebracht. Viele Entführungen seien nicht gemeldet worden, weil Teile der Sicherheitskräfte darin verwickelt seien.

UPI 16.2.93

Angara neuer Senatspräsident

Der 58-jährige Anwalt und ehemalige Universitätspräsident Edgardo Angara ist am 18. Januar zum neuen Senatspräsidenten gewählt worden. Er löste den 69-jährigen Neptali Gonzales ab, der das Amt nur ein Jahr innehatte. Gonzales, der im 24-köpfigen Senat Oppositionsführer war, hatte das Vertrauen seiner eigenen Fraktion verloren. Er soll sich zu konfrontativ gegenüber Präsident Ramos verhalten haben. Von Angara, der bei den Senatswahlen im letzten Mai den dritten Platz belegte, wird ein kooperativeres Verhalten erwartet. Mit dem Wechsel an der Senatspitze hat Ramos, der nach den Wahlen über keine parlamentarische Mehrheit verfügte, seine Unterstützungsbasis in beiden Kammern des Parlamentes gefestigt.

PNF 18.1.93, AW 3.2.93

Vulkan Mayon vor dem Ausbruch?

Am 2. Februar hat der im Südosten der Hauptinsel Luzon gelegene Vulkan Mayon begonnen, Asche und Lava auszuspeien. 68 Menschen wurden dabei getötet. Aus der um den Vulkan eingerichteten Sicherheitszone wurden 65.000 Menschen evakuiert. Der 2700 Meter hohe Mayon ist seit dem 16. Jahrhundert 45mal ausgebrochen, zuletzt im September 1984. Nach Angaben des Präsidenten des Philippinischen Institutes für Vulkanologie und Seismologie, Raymundo Punongbayan, würde ein Ausbruch des Mayon etwa ein Prozent der Stärke der Pinatubo-Eruption erreichen.

UPI 3.2., 7.2., 15.2., 16.2.93